



CDU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
Wismarsche Straße 173 · 19053 Schwerin

Landesverband Sozialpsychiatrie
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Carl-Hopp-Str. 19a
18069 Rostock

Christlich Demokratische Union
Mecklenburg-Vorpommern
Wismarsche Straße 173
19053 Schwerin

Telefon 0385 59004-0
Telefax 0385 59004-29
E-Mail: post@cdu-mv.de
www.cdu-mv.de

f /CDU.Mecklenburg.Vorpommern
@cdu_mv

Schwerin, 29.07.2021

Landtagswahl 2021

Wahlprüfsteine des Landesverband Sozialpsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit, Stellung zu den Wahlprüfsteinen des Landesverbandes Sozialpsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern e.V. beziehen zu dürfen. Im Folgenden möchte ich Ihnen die Positionen des CDU-Landesverbandes M-V zu den einzelnen Themenfeldern und Fragestellungen übermitteln:

1.1 Welche Rolle nimmt das Thema psychische Gesundheit in Ihrer Sozial- und Gesundheitspolitik in Mecklenburg-Vorpommern ein?

Psychische Belastungen und Erkrankungen nehmen seit Jahren zu.

Die CDU M-V misst dem Thema der psychischen Gesundheit eine hohe Bedeutung bei und berücksichtigt dies in ihrer Sozial- und Gesundheitspolitik. Bisherige Anstrengungen sind beispielsweise durch eine Ausweitung der Präventionsangebote zu intensivieren.

Gerade vor dem Hintergrund der mittel- und langfristigen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind ressortübergreifend weitere Maßnahmen notwendig. Mit dem Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ stehen in Mecklenburg-Vorpommern zusätzliche Mittel für Angebote für Familien, Kinder und Jugendliche bereit.

1.2 Welche konkreten sozial- oder gesundheitspolitischen Initiativen sind Ihrerseits geplant, um sowohl präventive Maßnahmen hinsichtlich der Förderung von psychischer Gesundheit als auch Bedarfsanalysen hinsichtlich der Unterstützungsnetzwerke und den Zugang zu bestehenden Unterstützungsangeboten in Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen?

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention hat der Bund u.a. die Krankenkassen verpflichtet, ihre Präventionsangebote auszuweiten. Diese Zielsetzung unterstützt die CDU M-V und setzt sich dafür ein, dort wo gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, tätig zu werden. Gesundheitsförderung und Prävention betreffen

dabei auch die psychische Gesundheit, zu der Psychologen einen wichtigen Beitrag leisten (können). Möglicher weiterer Handlungsbedarf ist im Bund zu prüfen.

Mit Inkrafttreten des zweiten Abschnittes des Wohlfahrtsfinanzierungs- und -transparenzgesetzes sind künftig für die soziale und gesundheitliche Beratung jährliche Berichtspflichten sowie für das Jahr 2026 eine Evaluierung vorgesehen. Für die CDU M-V ist es wichtig, dass alle Ratsuchenden ein entsprechendes Beratungsangebot in Anspruch nehmen können. Gerade vor dem Hintergrund der Altersstruktur und der vielen ländlichen Räume in Mecklenburg-Vorpommern werden mobile Angebote unserer Ansicht nach zukünftig eine größere Bedeutung einnehmen.

2.1 Welche Rahmenbedingungen wollen Sie schaffen, um Menschen mit einer Psychiatrieerfahrung derartige Beteiligungschancen zu eröffnen?

Für die CDU M-V ist es entscheidend, die Aufklärungsarbeit zu stärken und damit Stigmatisierungen entgegen zu wirken. Es muss ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass neben der physischen auch eine psychische Gesundheit existiert und es selbstverständlich wie im physischen auch im psychischen Bereich zu Erkrankungen kommen kann. Die Aufklärungsarbeit gilt dabei der Gesamtgesellschaft und vor allem auch den Arbeitgebern. Die CDU M-V setzt sich dafür ein, ein Dialogforum mit allen relevanten Akteuren zu initiieren.

2.2 Inwiefern haben Sie den Abbau von gesellschaftlicher Stigmatisierung in Ihrer Sozialpolitik mit aufgenommen?

Zweifelsohne kann seit einiger Zeit beobachtet werden, dass die Anzahl von Menschen mit einer psychischen Erkrankung kontinuierlich wächst. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben zu einer zusätzlichen Verschärfung der Problematik geführt. Dieser Entwicklung und den Ursachen entgegenzuwirken, ist natürlich eine Aufgabe, der sich auch die Politik stellen muss. Gleiches gilt ebenso für den Abbau von gesellschaftlicher Stigmatisierung. Es muss jedoch betont werden, dass es sich dabei insgesamt um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, die nicht allein durch die Politik bewältigt werden kann.

3.1 Welche Handlungsbedarfe sehen Sie bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Mecklenburg-Vorpommern und wie wollen Sie sich programmatisch in der Landespolitik damit einbringen?

Grundsätzlich kann Folgendes festgehalten werden: Mit der Fortschreibung des Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Mecklenburg-Vorpommern wurde dieser erst kürzlich umfangreich überarbeitet und weiterentwickelt. Es handelt sich dabei jedoch um einen fortlaufenden und keinesfalls abgeschlossenen Prozess, an dem im Wesentlichen alle Ressorts und Ministerien beteiligt sind. Richtlinie dabei sind u.a. die Artikel der UN-Behindertenrechtskonvention.

Wichtige Erkenntnisse wird mit Sicherheit die Überprüfung der Umsetzung der UN-BRK in Deutschland, und damit auch in M-V, durch den entsprechenden UN-Fachausschuss liefern. Mit ersten Ergebnissen ist im Frühjahr 2022 zu rechnen.

3.2 Welche gesundheits- und sozialpolitischen Maßnahmen planen Sie für eine bedarfsgerechte, personenzentrierte psychiatrische und psychosoziale Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern?

Die CDU M-V setzt sich grundsätzlich für eine sektorenübergreifende Planung der medizinischen Versorgung in Verbindung mit der Bildung von Clustern ein. Dies gilt auch für die psychiatrische und psychologische Versorgung. Der Neuordnungsprozess muss schnellstmöglich angestoßen werden. Wichtig ist, den Fachkräftebedarf, insbesondere in der Fläche, zu sichern, um ausreichend Behandlungsmöglichkeiten anbieten zu können.

3.3 Sind von Ihrer Seite sozial- oder gesundheitspolitische Initiativen beabsichtigt, welche die oben beschriebene Versorgungsproblematik verbessern?

Es wird auf die Antwort zu Frage 3.2 verwiesen.

4.1 Welche Rolle spielt die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Ihrer Sozialpolitik?

Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Mecklenburg-Vorpommern nimmt eine wichtige Rolle ein, da sie ein wesentlicher Bestandteil ist, die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben zu verbessern und sicherzustellen.

4.2 Gibt es politische Initiativen von Ihrer Seite, die eine einheitliche Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Mecklenburg-Vorpommern fördern?

Eine ausreichend personelle Ausstattung in allen Landkreisen und kreisfreien Städte ist notwendig, um die Vorgaben des Bundesteilhabegesetzes auch letztlich einheitlich umsetzen zu können. Leider konnten die Konnexitätsverhandlungen zwischen Land und der kommunalen Ebene noch immer nicht abgeschlossen werden. Im Interesse der Betroffenen muss hier zeitnah eine einvernehmliche Lösung herbeigeführt werden.

4.3 Wie sorgen Sie in Ihrer Sozialpolitik für die Beachtung der besonderen Belange von Menschen mit Behinderungen im konkreten Umsetzungsprozess in Mecklenburg-Vorpommern?

Mit der Fortschreibung des Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Mecklenburg-Vorpommern und der Novellierung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes in dieser Wahlperiode sind zwei wesentliche Maßnahmen zu nennen. Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ist jedoch ein ständig fortlaufender Prozess. An diesem möchten wir auch zukünftig mitwirken und diesen vorantreiben.

5.1 Gibt es in Ihrer Sozial- und Gesundheitspolitik Initiativen, um die sehr starke fragmentierte Versorgung von Kinder- und Jugendlichen mit psychischen Beeinträchtigungen in Mecklenburg-Vorpommern hin zu mehr Flexibilität zu verbessern?

Die CDU M-V setzt sich dafür ein, die bestehenden Strukturen und Angebote zu evaluieren und etwaige Verbesserungsoptionen zu prüfen. Innerhalb des rechtlichen Rahmens sind die Angebote so niedrigschwellig wie möglich auszugestalten und Brüche zu vermeiden.

5.2 Inwiefern unterstützt Ihre Politik aktiv die Entwicklung von neuen Unterstützungsangeboten und die Weiterentwicklung von bestehenden Unterstützungsangeboten für Kinder- und Jugendliche mit psychischen Beeinträchtigungen?

Es wird auf die Antwort zu Frage 5.1 verwiesen.

6.1 Wird das Thema psychische Gesundheit und Arbeit in Ihrer Politik aufgeworfen?

Das Thema psychische Gesundheit ist für die CDU M-V fester Bestandteil einer ganzheitlichen Politik. Nicht nur, dass seit Jahren die Zahl der psychischen Erkrankungen zunimmt, hat insbesondere die Corona-Pandemie den (Be-)Handlungsbedarf für die psychische Gesundheit aufgezeigt. Nicht zuletzt Kinder und Jugendliche haben psychisch extrem unter den bisherigen Einschränkungen gelitten. Die CDU M-V hat hierauf stets hingewiesen und eine Berücksichtigung in der Sozial- und Bildungspolitik eingefordert.

6.2 Gibt es bei Ihnen konkrete Initiativen, die präventive Maßnahmen zur psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz unterstützen?

Die Diskussion ist bisher vor allem durch die Frage des altersgerechten Arbeitens geprägt. Die CDU M-V setzt sich dafür ein, die Bedeutung des altersgerechten Arbeitens deutlich zu stärken. Krankenkassen, Arbeitgeber, Arbeitnehmer und weitere Experten müssen hierzu den Dialog intensivieren, wie der Arbeits- an den Alterungsprozess angepasst werden kann, um so die Gesundheit der Arbeitnehmer zu erhöhen. Hier sind vor allem zusätzliche Präventionsmaßnahmen notwendig, die auch die psychische Gesundheit berücksichtigen müssen. Möglichkeiten der Digitalisierung und Robotik sind zu beachten.

6.3 Werden die Gesundheits- und Sozialberufe in Ihrer politischen Agenda insgesamt berücksichtigt und damit deren gesellschaftliche Relevanz auch außerhalb von Pandemie und Krisenzeiten notwendigerweise aufgewertet?

Die Stärkung von Gesundheits- und Sozialberufen nimmt nicht zuletzt aufgrund des enormen Fachkräftebedarfes eine wichtige Rolle ein. Die Steigerung der Attraktivität der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen und des Berufsbildes insgesamt sind als zentrale Herausforderungen zu nennen. Gerade im Bereich der Pflegeberufe wurden zuletzt wichtige Reformen angestoßen. Diesen Prozess gilt es auch für weitere Gesundheits- und Sozialberufe fortzuführen. So setzt sich die CDU M-V für die generelle Abschaffung des Schulgeldes in medizinischen Berufen sowie für eine Ausweitung der Studienkapazitäten, des Landarztgesetzes und der Stipendienprogramme auf weitere medizinische Mangelberufe ein.

7.1 Inwiefern findet die Evaluation und Weiterentwicklung des Psychiatrieplanes Stellenwert in Ihrer Sozial- und Gesundheitspolitik?

Die CDU M-V setzt sich für eine Evaluation und Weiterentwicklung, insbesondere unter Berücksichtigung der Erfahrungen im Zuge der Corona-Pandemie, des Psychiatrieplanes ein.

7.2. Wie bewerten Sie die Verortung von Themenstellungen mit ministeriell übergreifendem Charakter bzw. welche Lösungen sehen sie dafür in einer zeitgemäßen Landesverwaltung?

Politik ist bestimmt von Querschnittsaufgaben. Für eine zielgerichtete und effektive Politik ist es notwendig, dass verschiedene Erfahrungen und vielfältiges Wissen in die Bearbeitung eingehen. Dennoch ist eine Federführung notwendig. Die CDU M-V setzt sich dafür ein, die Bearbeitung der Politikfelder im Hinblick auf eine zielgerichtete Bearbeitung zu überprüfen.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Waldmüller
Generalsekretär

